

Haushaltsrede der SPD-Fraktion am 12.04.2011

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Herr Bürgermeister,

Sie haben zu Beginn Ihrer Rede am 24. Februar, als Sie den Haushalt einbrachten, gesagt, dass die Städte und Gemeinden sich in der schwierigsten Finanzkrise ihrer Geschichte befinden. Dabei beziehen Sie sich auf eine Formulierung des Städte- und Gemeindebundes NRW zum Thema GFG 2011.

Ein Thema, das seit Ende Dezember zu Recht alle Bürgermeister, Kämmerer und Stadt- oder Gemeindevertretungen beschäftigt. Was für ein "tolles Weihnachtsgeschenk", das mag so mancher Bürgermeister am 23.12.2010 gedacht haben. Da hat uns die rot-grüne Landesregierung ein tolles Ding unter den Baum gelegt. Da gebe ich allen Kritikern Recht.

Ein Tag vor Heiligabend - so etwas ist kein guter Stil.

Dass sich da so manche Bürgermeister und Kämmerer über den Tisch gezogen fühlten, ist durchaus nachvollziehbar. Aber nehmen wir mal die Emotionalität raus. Betrachten wir die Dinge sachlich. Im GFG 2011 soll die längst überfällige Aktualisierung der Daten, die als Berechnungsgrundlage herangezogen werden, vorgenommen werden. Das es zu einer Anpassung kommt, war jedem Bürgermeister und Kämmerer bewusst. Die Grunddatenanpassung soll einmal pro Legislaturperiode auf den neuesten Stand gebracht werden um so die veränderten Entwicklungen zu berücksichtigen.

Dazu gehören vor allem

- die Anpassung in der Entwicklung der fiktiven Hebesätze bei den Realsteuern (Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer),
- die Prüfung der allgemeinen Bedarfssituation, sowie
- die Anpassung des Soziallastenansatzes an seine tatsächliche Bedeutung.

Das Urteil des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen vom 9. Juli 1998 ist eindeutig: Mindestens einmal pro Wahlperiode sind die Grunddaten anzupassen.

Die letzte Grunddatenanpassung ist im Rahmen des GFG 2003 erfolgt. Turnusmäßig hätte sie damit bereits mit dem GFG 2008 erfolgen müssen.

Mit der Einrechnung der Sozialkosten bei den Schlüsselzuweisungen hat die jetzige Landesregierung nachvollzogen, ist gerichtlich dazu angewiesen worden, was die alte schwarz-gelbe Landesregierung schon längst hätte tun müssen aber aus wahltaktischen Gründen eben nicht vor der Landtagswahl in NRW umsetzen wollte.

Für Lüdinghausen bedeutet das, so sagten Sie bei der Einbringung des Haushaltes, dass wir 5,1 Mio. Euro weniger an Schlüsselzuweisungen bekommen. Das ist nur die halbe Wahrheit. Wir hätten nach dem alten GFG 3,2 Mio. Euro an Schlüsselzuweisungen in den Haushalt einstellen müssen. Vergleicht man sie mit den neuen angepassten Basisdaten, beträgt der Unterschied ca. 1 Mio. Euro, die wir weniger bekommen, weil wir - und auch dass wissen Sie - hohe Gewerbesteuereinnahmen zu verzeichnen haben.

Trotzdem ist es richtig, dass die Parameter, die zur Berechnung der Schlüsselzuweisungen dienen, überprüft werden müssen. Die ländlich strukturierten Gemeinden kommen zu kurz, der Flächenansatz muss stärker berücksichtigt werden. An dieser Stelle erwarten wir durch die Umsetzung des IFO-Gutachtens bis 2012 eine Nachjustierung durch das Land.

Herr Bürgermeister, sie erwägen mit anderen Kommunen gegen die Neuberechnung Klage zu erheben. Die SPD-Fraktion kann das nachvollziehen, aber wir möchten ausdrücklich davor warnen, dass dieser Schuss nach hinten losgehen kann. Durch das Versäumnis der alten CDU/FDP Landesregierung, das GFG 2008 anzupassen, haben viele Kommunen die ihnen nach der Neuberechnung zugestandenen Mittel nicht erhalten. Was werden wir zahlen müssen, wenn das Gericht entscheidet, dass das GFG rückwirkend anzuwenden ist? Vielleicht sollten wir dafür schon mal Rückstellungen einplanen.

Ich will hier nichts beschönigen und keine falschen Hoffnungen wecken, die Änderung der Berechnung trifft uns hart, insbesondere weil wir seit Jahren einen Konsolidierungskurs fahren. Es geht uns aber – im Vergleich zu anderen Kommunen – relativ gut, auch das sollte man nicht verschweigen. Lüdinghausen ist keine reiche, aber auch keine insolvente Kommune. Sonst hätten wir uns Einiges nicht leisten können und ich nenne hier beispielhaft die Wirtschaftsförderung durch subventionierte Gewerbegrundstücke oder Straßenprojekte wie Schöelers Strötken. Wir sind noch in der Lage, Bodenbevorratungspolitik zu betreiben, viele können das nicht mehr. Wenn aber das Land nur 80 Euro zur Verfügung hat, jedoch 100 Euro benötigt werden, ist im System etwas falsch. Wir haben das in den letzten Jahren immer moniert, die Finanzierung der Kommunen gehört nach wie vor insgesamt auf den Prüfstand, das Konnexitätsprinzip wird nicht angewendet, diejenigen, egal ob Schwarz, Rot, Grün oder Gelb, bestellen, aber zahlen nicht den notwendigen Beitrag. Der Bund muss endlich seinen tatsächlichen Anteil an den immer größer werdenden Soziallasten übernehmen. Ein erster Schritt in diese Richtung ist stufenweise Übernahme der Kosten für die Grundsicherung nach SGB XII.

Wir denken ernsthaft darüber nach, die Borg zu verschönern – Stadt macht Platz. Allein dass wir darüber nachdenken, zeigt doch, dass es uns so schlecht, wie sie Herr Bürgermeister bei der Einbringung des Haushaltes und soeben Herr Dr. Wald gesagt haben, gar nicht gehen kann. Solche Gedanken dürften doch gar keinen Raum in den Köpfen der Verwaltung und Ratsvertreter haben, das ist Luxus, den man sich leisten kann, wenn man Geld im Überfluss hat.

Herr Bürgermeister, haben Sie doch auch mal den Mut zu sagen, dass wir eine Stadt sind die noch Aufgaben erfüllen kann, deren Schulen gut ausgestattet sind, wo in Übermittagsbetreuung und U3 Betreuung, in Kindergärten investiert werden kann. Sie selbst sagen doch, es kommt immer auf die Sichtweise an, in Lüdinghausen ist das Glas noch halb voll und nicht schon halb leer.

Kommen wir zum Haushalt und zu dem Zahlenwerk:

Ein schwieriges Unterfangen einen Haushalt aufzustellen ohne eine Eröffnungsbilanz zu haben. Diese war zwar genehmigt, ist aber zu Recht noch einmal verändert eingebracht worden. Das ist wohl einzigartig in NRW. Die Kämmerer sind froh darüber, eine genehmigte und attestierte Eröffnungsbilanz nach NKF bekommen zu haben, wir in Lüdinghausen sehen die betriebswirtschaftlichen Ansätze, die letztlich auch Auswirkungen auf die Ausgleichsrücklage haben, nach der Attestierung kritischer, und das auch zurecht. Hier wurden im Rechnungsprüfungsausschuss die richtigen Fragen gestellt. Der betriebswirtschaftliche Ansatz ist im NKF nicht ausreichend berücksichtigt worden.

Der Haushalt wurde aufgestellt ohne Berücksichtigung des Jahresabschlusses 2010. Buchungstechnisch richtig, aber der Zwischenbericht machte doch deutlich, dass der Abschluss 2010 aufgrund hoher Gewerbesteuerereinnahmen und Grundverkaufserlösen für Lüdinghausen äußerst positiv ausfallen wird. Das führt dazu, dass wir nicht auf die allgemeine Rücklage zurückgreifen müssen, die im Haushaltsansatz 2011 eingestellten 2 Mio. Euro werden nicht gebraucht.

Trotzdem ist die Haushaltslage kritisch. Wir sparen ein, erhöhen Steuern und trotzdem sehen wir kein Licht am Ende des Tunnels.

Im Ergebnis für 2011 fehlen uns nahezu 6 Mio. Euro.

Die Erhöhung der Hebesätze halten wir auch angesichts der Veränderungen im GFG für notwendig.
Die Erhöhungen im Bereich Marktwesen haben wir bereits letztes Jahr gefordert, sie sind zwar immer noch nicht kostendeckend, aber eine moderate Erhöhung kommt auch den Beschickern entgegen.
Den Ansatz, die Parkgebühren seit 1993 anzupassen, tragen wir auch mit. Im jetzigen Beschluss geht es nur um die Summe, die erzielt werden soll. Wie sie erzielt werden soll, darüber wird gerade mit der Kaufmannschaft diskutiert. Wir haben uns lange für die Brötchentaste eingesetzt, aber auch wir sind der Auffassung, dass durch eine gerechtere Taktung – 6 Min 10 Cent – ein völlig kostenloses Parken auf den bewirtschafteten Parkplätzen entfallen kann.

Nach den Beratungen und unter Berücksichtigung des vorläufigen Jahresergebnisses 2010 haben sich Veränderungen eingestellt. Wir werden 2011 nicht auf die allgemeine Rücklage zurückgreifen müssen:
Verbesserung 2 Mio. Euro

Die Kreisumlage, sonst jedes Jahr ein Thema, fällt entgegen der ersten Berechnung um 50.000 Euro günstiger aus. Diesen Haushalt hat auch die SPD-Kreistagsfraktion mitgetragen und sich dafür eingesetzt, dass die Belastungen der Gemeinden nicht noch größer wird.

Die Vorschläge, die wir eingebracht haben, decken sich zu einem großen Teil mit denen der CDU/FDP. Bei den Investitionen haben auch wir beantragt, u. a. die Investitionen für den Marktplatz und den Parkplatz Klosterstraße zu streichen.

Auch die 470.000 Euro für die Umgestaltung des Schulhofes an der Hauptschule, die nach 2012 verschoben wird, tragen wir mit, denn hier ist eine Abstimmung auch mit dem Förderverein erfolgt. Wir erwarten aber für das nächste Jahr ein Gesamtkonzept für dieses Schulzentrum, denn die Entwicklung der Schülerzahlen fordert geradezu eine Veränderung ein. Hier wird- und das habe ich auch bereits letztes Jahr erwähnt, mittelfristig eine andere Schulform aus der Real- und Hauptschule entstehen müssen.

Der Ansatz, den Aufwand für Sach- und Dienstleistungen (Pos 13 – 16 des Budgetbuches) pauschal noch einmal um 500.000 Euro zu kürzen, können wir ebenfalls mittragen. Diese Kürzungen, sofern sie sich auf Unterhaltungskosten beziehen, werden möglicherweise zu erhöhtem Folgeaufwand führen. In der Unterhaltung liegen wir unter dem vom KGSt. empfohlenen Wert, das kann uns mittelfristig noch teuer zu stehen kommen.

Über Stadt macht Platz wurde soeben abgestimmt.
ursprünglich 5 Module
½ ist übrig geblieben, das Gesamtkonzept ist damit gestorben.
keine Akzeptanz in der Bevölkerung
hohe Kosten
auch Landesmittel sind Steuern

Abstimmungsergebnis kommentieren:

Wirtschaftswege:

Für 2011 erwarten wir darüber hinaus, dass aufgrund der Klassifizierung der Wirtschaftswege weitere Sparziele erreicht werden können. Wir werden feststellen, dass eine Vielzahl der vorhandenen Wirtschaftswege und Brücken als echte Zuwegung überhaupt nicht mehr notwendig sind, da aufgrund des Strukturwandels in der Landwirtschaft eine beachtliche Zahl von ländlichen Wegen mittel- bis langfristig nicht mehr benötigt werden. Wir können diese Wege entwiden mit dem Ergebnis, den Haushalt dauerhaft weiter zu entlasten. Wann werden uns die ersten Ergebnisse denn vorgelegt? Wenn wir auch nächstes Jahr noch die Haushaltssicherung vermeiden wollen, müssen wir das umgehend anpacken und den Mut haben, Wege zu streichen.

Schulen:

Nicht zuletzt aus Mitteln des Kopa II haben wir die Schullandschaft modernisieren können. Die Mariengrundschule steht vor der Fertigstellung; am Anton wird die Aula gebaut, Die Schulen sind mit Küchen und Mensen ausgestattet worden, damit die Übermittagsbetreuung gewährleistet werden kann. Für die Zukunft der Haupt- und Realschule erwarten wir in diesem Jahr Pläne, die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes wird uns die Notwendigkeiten aufzeigen.

Im Übrigen, was haben sie doch die Einrichtung einer Profilschule in Ascheberg kritisiert. Für die Kinder aus Ascheberg, Herbern und Davensberg die einzige Möglichkeit, wohnortnah beschult zu werden. Leider haben wir es versäumt, zu kooperieren, Die Profilschule kooperiert mit dem Gymnasium Senden und der Gesamtschule Nordkirchen. Hier haben wir die Chance der Zusammenarbeit durch unseren heftigen Widerstand gegen diese Profilschule leichtfertig verspielt!

Sporthalle / Hallenbad:

Bereits 2009 ist der Zustand unserer Sporthallen gutachterlich untersucht worden, bereits im letzten Jahr habe ich in meiner Haushaltsrede gesagt, dass der Bau einer modernen Sporthalle notwendiger denn je ist. Die SPD steht nach wie vor zu dem Bau einer multifunktionalen Leistungssporthalle, daran hat sich im letzten Jahr auch nichts geändert. Wenn die zu erwartenden Zuschüsse für den Bau fließen, dann müssen wir diese Leistungssporthalle bauen. Dazu stehen wir bei Union 08 im Wort. Ich erinnere an die Runde im Rathaus mit den Vertretern des Vereins, in der mit dem Vereinsvorstand verhandelt wurde, ihm deutlich gemacht wurde, dass wir nur diese Halle bauen können, wenn der Verein die höheren Betriebskosten, die eine solche Halle verursacht, auch trägt. Aus diesem Grunde hat der Verein eine fast einstimmige Beitragserhöhung durchsetzen können und damit ein klares Signal gesetzt. Zu Recht erwartet jetzt der Verein die Umsetzung des Projektes. Daher dürfen wir uns - unter der Voraussetzung, dass die Mittel wie geplant fließen - diesem Projekt nicht verwehren. Die Diskussion um Breitensport oder Leistungssport ist längst geführt. Der Rat würde gegenüber der Bevölkerung die Glaubwürdigkeit verlieren. Wir brauchen eine Sporthalle als Kommune für unsere Schülerinnen und Schüler, wir können kostenneutral - eben weil in Lüdinghausen Spitzensport betrieben wird - eine Leistungssporthalle bekommen, dann müssen wir das trotz aller finanziellen Schwierigkeiten auch kostenneutral umsetzen.

Das Bad ist seit November wieder geöffnet. Startet seriös, mit Zahlen, die nachvollziehbar sind. Das wir zu Beginn Schwierigkeiten haben würden dürfte allen klar gewesen sein. Zu viel Negatives ist beschrieben worden. Die Erwartungshaltung darf daher auch nicht zu groß sein, dass sich das Defizit kurzfristig verringern lässt. Wir haben einen – aus unserer Sicht – kompetenten Betriebsführer gefunden, wir arbeiten daran, das Bad attraktiver zu gestalten und sollten jetzt auch nicht ungeduldig sein, der Betreiber muss dieses Bad erst mal wieder ans laufen bekommen.

Wichtige Investitionen sind getätigt worden, in die Energieerzeugung des Bades, welche dauerhaft zur Kostenreduzierung führen werden.

Im Vergleich zu Wäschers SAB wird uns hier kein Wolkenkuckucksheim versprochen, sondern wir arbeiten gemeinsam an einer Reduzierung des Defizites von insgesamt etwa 1 Mio. Euro. Davon sind nahezu 500.000 Euro Zahlungen an die LBBW, die wir zahlen müssten, egal ob das Bad geöffnet ist oder nicht. Das sind die Altlasten von Fehlentscheidungen der CDU Mehrheit aus der Vergangenheit, die die SPD nicht mitgetragen hat, ich darf hier an die Diskussion um das Heimfallrecht erinnern, auch das trägt maßgeblich zur Haushaltssituation heute bei. Wenn aber das Bad geschlossen wird, fehlen uns Kapazitäten im Sporthallenbereich. Daher halten wir es für eine Doppelmoral der UWG, die sich als großer Sparexperte aufstellen will, das Bad schließen will, eine Multifunktionale Sporthalle in Frage stellt, aber nicht sagt, wo denn unsere Schülerinnen und Schüler ihren Sportunterricht ausüben können.

Wir stehen auch in der Pflicht, diese Halle gemeinsam mit Union umzusetzen. Wie glaubwürdig sind wir denn, wenn wir auf der einen Seite sagen, dass der Verein sein Scherflein beitragen muss, dieses auch tun will und wir – ich meine hier insbesondere die UWG – dann sagen, das reicht uns aber nicht, die Zeiten für den Schulsport könnten zu gering sein. Wir sollten erst einmal sehen dass wir diese Halle stemmen, die Belegungszeiten werden wir einvernehmlich gemeinsam mit den Schulen und dem Verein hinbekommen. Denn auch das muss deutlich werden: Eine Leistungssporthalle bedeutet auch dass auswärtige Schülerinnen und Schüler nach Lüdinghausen kommen um eben diesem Leistungssport nachgehen zu können. Ein Standortvorteil für unsere Stadt.

Die SPD hat während der Beratungen den Haushalt heftig kritisiert. Die Vorlage war – nennen wir es mal freundlich – suboptimal. Kopierfehler, wie sie noch nicht einmal dem ehemaligen Verteidigungsminister untergekommen sind, haben die Klarheit eines Haushaltes zunichte gemacht. Zahlen sind in falsche Zeilen gerutscht, Rechenprogramme waren fehlerhaft. Der Kämmerer sagte dann immer, so dürfen Sie das aber nicht sehen. Ja wie sollen wir das denn sehen, wenn nicht so wie uns das vorgelegt wird. Im gemeinsamen Gespräch mit der Verwaltung wurden diese Mängel angesprochen und wir erwarten daher zukünftig einen korrekt aufgestellten Haushalt, der keine Spielräume für Fehlinterpretationen lässt.

Positiv sieht die SPD-Fraktion im Stellenplan die gemeinsam ausgeschriebene Stelle mit Nordkirchen. Hier wird interkommunal eine Stelle geschaffen, um die Vorgaben, die Abwasserleitungen bis 2023 auf Dichtigkeit zu überprüfen, vorbildlich umzusetzen.

Positiv ist auch, dass wir auf die Aufnahme von Krediten verzichten wollen.

Abgelehnt haben wir hingegen die Erhöhung der Gebühren für den offenen Ganztagsbetrieb, insbesondere weil auch das Land die Mittel dafür seit dem 01.02.2011 um 14% erhöht hat.

Wir hätten uns gewünscht, dass unser Antrag zur Einrichtung eines Arbeitskreises Klimaschutz eine Mehrheit gefunden hätte. Im Kreis werden in diesem Gremium Entscheidungen vorbereitet und koordiniert, hier bleibt es leider bei Einzelfallentscheidungen. Den Antrag von B 90/Grüne zur Aufhebung der Höhenbegrenzung für Windkraftanlagen werden wir vollinhaltlich unterstützen können. Jede Kommune hat die Pflicht, zur Energiewende beizutragen!

Mit Spannung erwarten wir die Ausschreibungsergebnisse bzgl. der Netzübernahme. Ende dieses Jahres soll es so weit sein. Wir sehen hier eine große Chance, dass wir gemeinsam mit einem Partner die Netze als Stadtwerke Münsterland betreiben können.

Bedanken möchten wir uns bei allen, die an der Aufstellung des Haushaltes beteiligt waren. Beim Kämmerer und Bürgermeister für die konstruktive Zusammenarbeit bei der Klärung offener Fragen.

Fazit:

- a. Bei Entscheidung gegen Borg-Umbau:

Die SPD-Fraktion sieht einen Großteil Ihrer Forderungen an den Haushalt erfüllt und wird – gerade auch weil das Leuchtturmprojekt Stadt macht Platz vom Tisch ist und in dieser Form nicht umgesetzt wird – diesem Haushalt zustimmen können.

